

Nach Paksas jetzt Uspaskich: Abgang eines Populisten in Litauen

Newsletter - Baltische Staaten
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Andreas von Below

Riga, Juni 2005

Ansprechpartner:

Dr. Andreas von Below

Leiter der Außenstelle Baltische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung, Alberta iela 13, Riga, LV 1010, Lettland/ Latvia

Telefon: +371 7 039 328

E-Mail: Below.Riga@Adenauer.lv

Nach dem Aufstieg und Fall des ehemaligen litauischen Präsidenten Rolandas Paksas ist ein weiterer Populist nach einer steilen politischen Karriere zum Rücktritt von seinen Ämtern gezwungen worden. Der Wirtschaftsminister und Vorsitzender der Arbeitspartei (AP) Uspaskich, die er mit populistischen Losungen zu einem überraschenden Wahlsieg im Herbst geführt hatte, hat sein Amt aufgegeben.

Am 16 Juni 2005 erklärte die staatliche Kommission für berufliche Ethik, Uspaskich habe das das Gesetz über die Abgrenzung der gesellschaftlichen und der persönlichen Interessen verletzt. Die Kommission stellte fest, dass der Minister im Interesse seines eigenen Geschäftes sein Amt und seine Vollmachten missbraucht habe. Ohne Abstimmung mit der litauischen Regierung und der Stadtverwaltung von Vilnius hatte Uspaskich die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit der Moskauer Stadtverwaltung vorgeschlagen und sich für den Agrarbetrieb „Krekenavos Agrofirma“ eingesetzt, dessen Aktien zum Teil von seiner Ehefrau kontrolliert werden. Allerdings hält sich der Vorsitzende der Arbeitspartei für unschuldig und ist mit den Schlussfolgerungen der Kommission nicht einverstanden. Fraktionssprecherin L.Grauziniene betonte, Uspaskich werde das Urteil der Kommission auf gerichtlichem Wege anfechten.

Der Ex-Wirtschaftsminister, der zugleich als der faktische Regierungschef bezeichnet wurde, legte auch sein Abgeordnetenmandat nieder. Er habe, so beteuert er nun, den Posten eines führenden Politikers nie angestrebt.

Der litauische Staatspräsident Valdas Adamkus hat seit längerem die Verflechtung von persönlichen und staatlichen Interessen scharf verurteilt und klar gemacht, dass er das Vertrauen in Uspaskich verloren habe.

Aber auch das negative Urteil staatlicher Kommission für berufliche Ethik bedeutet nicht das Ende aller Probleme von Uspaskich. Neulich sind Zweifel wegen der Echtheit des Universitätsdiploms des russischstämmigen Millionärs aufgetaucht. Uspaskich erinnert sich zwar nicht, wann und an welcher Fakultät er studiert hat, bemüht sich aber zu beweisen, dass er tatsächlich ein Studium an der prestigeträchtigen russischen Hochschule abgeschlossen und das Diplom bekommen hat.

Alle Skandale des Ex-Wirtschaftsministers werden jetzt in drei parlamentarischen Kommissionen ermittelt. Komischerweise haben die Kommissionen fast die gleichen Aufgaben und bestehen aus denselben Mitgliedern. Allein wegen dieses Umstandes erwartet man keine konstruktive Arbeit und klare Schlussfolgerungen der Kommissionen.

Nach dem Rücktritt von Uspaskich wurde der mögliche Zerfall der Regierung zum Hauptthema, da die Fraktion der Arbeitspartei eine erhebliche Mehrheit in der Koalition hat.

Die Koalition der Sozialdemokraten, der Arbeitspartei, der Neuen Union und der Bauernpartei ist seit ihrem Antritt brüchig. Schon von Beginn an lehnte der Ministerpräsident es ab, Verantwortung für Tätigkeiten seiner Regierungspartner zu übernehmen. Auch der Rücktritt von Finanzminister Butkevicius Ende April, der die Steuerreform nicht mittrug, schwächte

das Kabinett. Dennoch behaupten Ministerpräsident Brazauskas und Uspaskich, der noch Vorsitzende der Arbeitspartei ist, dass die Koalition handlungsfähig sei und nicht auseinander brechen werde. Noch bis vor kurzem hat allerdings der stell. Vorsitzende der Arbeitspartei mehrmals betont, dass die Regierung ohne Uspaskich kaum vorstellbar sei. In kommenden Tagen wird sich zeigen, wer das Wirtschaftsministerium leiten wird und ob die Koalition eine Überlebenschance hat.

Fazit

Der Aufstieg und Fall der Populisten in Litauen kostet das Land viel Kraft, denn es bindet in extremer Weise juristische, parlamentarische und öffentliche Ressourcen. Mit Recht hat der gegenwärtige Präsident Adamkus beklagt, dass die Politiker des Landes nicht mehr ihren Aufgaben als gute Gesetzgeber und Gestalter nachkommen. Die notwendiger Reformen z.B. des Gesundheits-, und des Bildungssystems bleiben auf der Strecke. Dies kann auf Dauer negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes haben. Auf der anderen Seite zeigt die Entwicklung aber auch, dass sich viele Verantwortliche in Litauen gegen Korruption und Populismus zu Wehr setzen und beharrlich für einen parlamentarischen Rechtsstaat eintreten. Litauen erlebt den Kampf für eine demokratische innere Verfassung. Darin verdient das Land Unterstützung.